

Stand: 09.02.2026 15:34:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/270

"Verbot der Gendersprache an Hochschulen in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/270 vom 23.01.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 8 vom 24.01.2024
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/600 des WK vom 31.01.2024
4. Beschluss des Plenums 19/711 vom 13.03.2024
5. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 13.03.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Benjamin Nolte, Ferdinand Mang, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)**

Verbot der Gendersprache an Hochschulen in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Sinne der Wissenschaftsfreiheit an den bayerischen Hochschulen in Verwaltung, Lehre und Forschung den Gebrauch der sogenannten Gendersprache zu untersagen und die Hochschulmitarbeiter und Studenten zu einem korrekten Deutsch zu verpflichten.

Hierfür sollen über den Verordnungsweg sichergestellt werden, dass

1. in allen Bereichen der Hochschulen ein grammatisch richtiges Deutsch geschrieben und gesprochen wird,
2. hierzu insbesondere Satz- und Sonderzeichen der sogenannten Gendersprache wie Doppelpunkt, Sternchen, Unterstrich, Binnen-I und künstliche Sprechpausen (sog. Glottisschlag), Doppelennungen (Bürger und Bürgerinnen) und Partizipialumschreibungen (Radfahrende) oder ähnliche Konstruktionen nicht mehr verwendet werden,
3. Studenten vor der Willkür solcher Dozenten geschützt sind, die auf den Gebrauch der gendergerechten Sprache Wert legen und abweichenden Sprachgebrauch mit schlechteren Noten und Punktabzügen bestrafen,
4. zur Durchsetzung korrekter Sprach- und Schreibweisen geeignete Sanktionsmöglichkeiten eingeführt werden, die mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung sowie der Freiheit der Wissenschaft, der Forschung und der Lehre im Einklang stehen.

Begründung:

Die sogenannte Gendersprache möchte auf sprachlicher Ebene dazu beitragen, dass verschiedene sexuelle Orientierungen und Identitäten gleichwertig behandelt werden. Die sich immer wieder an neue gefühlte Benachteiligungen anpassende und erweiternde Kunstsprache soll dazu dienen, wahrgenommene Benachteiligungen von vornherein zu vermeiden und Gleichwertigkeit sprachlich herzustellen. Dieses Anliegen ist zwar anerkennenswert, scheitert jedoch an der Unkenntnis der deutschen Grammatik. So wird angenommen, mit der Verwendung des grammatisch korrekten generischen Maskulinums gehe tatsächlich eine Bevorzugung des männlichen Geschlechts einher. Hier wird nicht erkannt, dass in der deutschen Grammatik die Mehrzahl als generisches Maskulinum selbstredend alle Geschlechter und damit auch die Frauen einschließt. Während sprachliche Verrenkungen wie das Binnen-I, das „Gendergap“ oder Partizipialumschreibungen niemals alle Möglichkeiten gefühlter Identitäten abdecken können, umfasst das tradierte generische Maskulinum in natürlicher Weise alle Menschen gleichermaßen, ohne sexuelle Orientierungen und Identitäten über Gebühr zu betonen. Es wahrt daher die Privatheit der Sexualität und zwingt niemandem ein Bekenntnis ab.

Nachdem Sprache der Kommunikation dient, sollte sie möglichst klar und deutlich sein. Die unseres Erachtens ideologisch konstruierte Gendersprache zerstört die dem Deutschen eigentümliche Klarheit und Präzision. Lesbarkeit und Verständlichkeit der Texte leiden erheblich, vor allem wenn die Formen der gendergerechten Sprache den Denkgesetzen widersprechen, grammatisch falsch oder sinnentstellend sind (z. B. Studierende, die gerade gar nicht studieren, sondern zum Schlafen ins Studentenheim gehen). Auch ermüdende Doppelungen (z. B. Bürgerinnen und Bürger) erinnern unseres Erachtens in fataler Weise an den ideologisierten Sprachduktus totalitärer Systeme, während sie gleichzeitig nicht dem der gendergerechten Sprache innwohnenden Anspruch genügen, fehlen doch bei derartigen Aufzählungen von Männern und Frauen alle, die sich selbst dieser Polarität nicht zugehörig fühlen.

Die Gendersprache hielt in den vergangenen Jahren auch an bayerischen Hochschulen Einzug – mit verheerenden Folgen für die deutsche Wissenschaftssprache, aber auch für die Freiheit der Studenten. Viele Dozenten und Studenten fühlen sich mittlerweile wegen des gesellschaftlichen Klimas genötigt, eine angeblich gendergerechte Ausdrucksweise zu verwenden. Einige Dozenten zwangen auch bayerische Studenten, schriftliche Arbeiten und Klausuren in gendersensibler Sprache abzufassen, was ein direkter Eingriff in die Persönlichkeitsrechte ist. Studenten wird es teilweise bis heute von ihren Dozenten unter Androhung schlechterer Noten verboten, grammatisch richtig zu schreiben und ihre Gedanken klar zu formulieren. Sprache wird so ideologisch aufgeladen und verliert ihren eigentümlichen kommunikativen Zweck, indem sie permanent politisiert wird.

Diese Fehlentwicklung ist aufzuhalten und rückgängig zu machen. Daher wird die Staatsregierung aufgefordert zu handeln und eine klare Regelung für die bayerischen Hochschulen zu erlassen.

Satz: Sicher hat das Grundgesetz zur Stabilität der Bundesrepublik Deutschland beigetragen, wiewohl wir doch wissen, dass nicht Verfassungen, sondern die handelnden Menschen, die das oder das aus ihnen machen, zur Stabilität eines Staates beitragen.

Kolleginnen und Kollegen, der gemeinsame Dringlichkeitsantrag der vier Parteien und die Reden der Vertreter dieser vier Parteien haben gezeigt, dass die handelnden Menschen in Bayern mit ihren Vertretern gewillt sind, die Angriffe, die Axt, die von denen, die da drüben sitzen, an die Säulen unseres Staates gelegt werden soll, abzuwehren. Wir wehren diesen Angriff gemeinsam ab, auch wenn wir in der Sache weiterhin leidenschaftlich miteinander streiten werden. Das gehört zur Demokratie.

Lassen Sie uns diese Grundgemeinsamkeit, die unseren Staat trägt, die unseren Wohlstand trägt, die unsere Freiheit trägt, beibehalten; denn dann wird die AfD am Ende politisch von der Bühne verschwinden. Auf diesen Tag freue ich mich persönlich sehr. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dafür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion, der Fraktion FREIE WÄHLER, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/269 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die AfD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/278 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Gegenstimmen! – Mit den Gegenstimmen von CSU, FREIEN WÄHLERN, SPD und GRÜNEN ist der Antrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/270 mit 19/272 und 19/279 werden nach der Plenarsitzung in die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Tagesordnung abgearbeitet. Hiermit beende ich die Sitzung.

(Schluss: 18:07 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier,
Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)**
Drs. 19/270

Verbot der Gendersprache an Hochschulen in Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter:

Benjamin Nolte

Mitberichterstatter:

Prof. Dr. Winfried Bausback

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 4. Sitzung am 31. Januar 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

AfD: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

SPD: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazolo

Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Benjamin Nolte, Ferdinand Mang, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)

Drs. 19/270, 19/600

Verbot der Gendersprache an Hochschulen in Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold
II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Votums seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen bzw. sind die Voten übernommen.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten,
Europaangelegenheiten und nicht einzeln zu beratenden
Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 28. Dezember 2023 (1 BvF 1/18) betreffend Verfahren über den Antrag festzustellen, ob Artikel 11 Absatz 3, Artikel 13 Absatz 1 Nummer 1b), Artikel 14 Absatz 1 Nummer 4, Artikel 15 Absatz 3 Nummer 1, Artikel 16 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und Absatz 2 Satz 1 („einer drohenden Gefahr für ein bedeutendes Rechtsgut“), auch im Zusammenhang mit Artikel 17 Absatz 1 Nummer 4 („dies unerlässlich ist, um Maßnahmen nach Artikel 16 durchzusetzen“), Artikel 20 Nummer 3 Satz 3, Artikel 21 Absatz 1 Nummer 3, Artikel 25 Absatz 1 Nummer 1b), Artikel 32 Absatz 1 Satz 2, Artikel 33 Absatz 2 Nummer 1b), Artikel 34 Absatz 1 Satz 1, Artikel 35 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Artikel 36 Absatz 2, Artikel 40 Absatz 1 Nummer 2, Artikel 42 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Artikel 45 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und Artikel 60 Absatz 3 Nummer 1 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397) in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301 und 434) mit dem Grundgesetz unvereinbar und daher nichtig ist PII-3001-3-3
Drs. 19/576 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 17.11.2023
(1 BvR 2271/18 und 1 BvR 506/19) betreffend Verfassungsbeschwerde
gegen Artikel 36 Absatz 1 bis 3, Artikel 37 Absatz 1 und Absatz 4 Satz 2,
Artikel 38 Absatz 1, Artikel 39 Absatz 1 und Absatz 3 Satz 3 in Verbindung mit
Artikel 40 Absatz 1 Nummer 2 und 3, Artikel 42 Absatz 1 und Absatz 2,
Artikel 45 Absatz 1 und Absatz 2, Artikel 47 Absatz 1 Nummer 2, 4 in
Verbindung mit Artikel 42 Absatz 1, 2 und Absatz 5 und Artikel 86 Absatz 1
Satz 2 in Verbindung mit Artikel 86 Absatz 4 und Artikel 83 Absatz 4 des
Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen
Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397)
in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Bayerischen Polizeirechts
(PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301 und 434)
– 1 BvR 2271/18 –
gegen Artikel 22 Absatz 2, Artikel 32, 33, 35, 36, 37, 38, 40, 41, 42, 43, 44
Absatz 1 Satz 5, Artikel 45, 47, 49, 60 Absatz 3 und Artikel 61 Absatz 2 des
Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen
Polizei (Polizeiaufgabengesetz-PAG) vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397)
in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Bayerischen Polizeirechts
(PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 301 und 434)
– 1 BvR 506/19 –
PII-3001-3-2
Drs. 19/575 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich
bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	------	--------------------------	--------------------------

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 22. Januar 2024
(Vf. 4-VII-24) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
des Bebauungsplans mit Grünordnung Nr. 2109 der Landeshauptstadt
München vom 6. Juli 2022
PII-3001-2-1
Drs. 19/578 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Europaangelegenheiten

4. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Gerhard Hopp, Martin Wagle, Alex Dorow u.a. CSU
Subsidiarität
Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext
COM(2023) 790 final
BR-Drs. 46/24
Drs. 19/588, 19/650

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft
COM(2023) 316 final
BR-Drs. 305/23
Drs. 19/303, 19/651

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag nimmt das Vorhaben mit den auf Drs. 19/651 veröffentlichten Anmerkungen zur Kenntnis.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

6. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, dem Rat, die
Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
EU-Justizbarometer 2023
COM(2023) 309 final
BR-Drs.: 323/23
Drs. 19/304, 19/654

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im nichtlegislatischen Verfahren der Europäischen Union die
auf Drs. 19/654 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische
Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und
den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
Vorschlag für eine Empfehlung des Rates „Europa in Bewegung“ –
Lernmobilität für alle
COM(2023) 719 final
BR-Drs.: 643/23
Drs. 19/305, 19/663

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag nimmt das Vorhaben mit den auf 19/663 veröffentlichten
Maßgaben zur Kenntnis.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische
Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und
den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Verena Osgyan, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wissenschaftsstandort Bayern erhalten – Personal an unseren Hochschulen stärken
Drs. 19/31, 19/536 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------	--------------------------	--------------------------

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zum Testbetrieb der „Verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform“ – VeRA
Drs. 19/113, 19/478 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

10. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD) Lachgas – die neue Drogenepidemie?
Drs. 19/135, 19/477 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

11. Antrag der Abgeordneten Oskar Lipp, Florian Köhler, Johannes Meier und Fraktion (AfD) Grünflation stoppen: CO₂-Abgabe abschaffen!
Drs. 19/203, 19/617 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Stephan Oetzinger, Robert Brannekämper, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und junger Wissenschaftler im Vergleich
Drs. 19/227, 19/609 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input checked="" type="checkbox"/>				
-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------

13. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Ute Eiling-Hüting u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Jugendherbergen sicher durch die Krise bringen
Drs. 19/228, 19/592 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input checked="" type="checkbox"/>				
-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------

14. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Ralf Stadler, Oskar Lipp u.a. und Fraktion (AfD)
Hofnahe Schlachtung in Bayern
Drs. 19/236, 19/607 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input checked="" type="checkbox"/>				
-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------

15. Antrag der Abgeordneten Oskar Lipp, Ralf Stadler, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD) Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen Drs. 19/238, 19/581 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD) Tourismus in Niederbayern Drs. 19/239, 19/555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Verbot der Gendersprache an Hochschulen in Bayern Drs. 19/270, 19/600 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD) Anhörung: Für eine EU ohne Antisemitismus Drs. 19/271, 19/487 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Agrardieselrückvergütung beibehalten und Biokraftstoffe steuerfrei stellen
Drs. 19/272, 19/605 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	-------------------------------

20. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Anna Rasehorn, Nicole Bäumler u.a. SPD Gegen Antisemitismus in Bayern – langfristige Finanzierung von RIAS Bayern sicherstellen
Drs. 19/280, 19/620 (A) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Sachstand zur Standortsuche für einen Neubau der Justizvollzugsanstalt Bamberg
Drs. 19/297, 19/594 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

ENTH	ENTH	A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
------	------	---	--------------------------	--------------------------

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktueller Stand Zukunftsinitiative Deutsches Museum
Drs. 19/298, 19/601 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geldnot der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt
Drs. 19/299, 19/602 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haus der Kunst: Zeitplan für eine nachhaltige und
nutzerorientierte Sanierung
Drs. 19/300, 19/603 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über den Beitrag Bayerns zum Weltnaturerbe „Grünes Band“
Drs. 19/301, 19/616 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrschlachthöfe errichten – mehr Tierwohl und mehr Praxisnähe für die Studierenden Drs. 19/302, 19/587 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Naturkundemuseum Bayern: Sachstandsbericht Drs. 19/308, 19/604 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD) Pendler entlasten – Erhöhung und Dynamisierung der Entfernungspauschale Drs. 19/310, 19/606 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD) Regionale Identität stärken: Denkmalschutzprogramm zum Schutz und zur Wiederbelebung dörflicher Strukturen auflegen Drs. 19/317, 19/593 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Walter Nussel, Alexander Flierl,
Dr. Gerhard Hopp u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Biokraftstoff aus China auf Echtheit kontrollieren
Drs. 19/325, 19/621 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

31. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl,
Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein Strukturbruch in der landwirtschaftlichen Tierhaltung und
Beibehaltung der bisherigen Rechtslage bezüglich Jagdhunden
bei der geplanten Änderung des Tierschutzgesetzes
Drs. 19/349, 19/618 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	A	A

32. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke,
Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Alexander Flierl, Petra Högl, Josef Zellmeier u.a. CSU
Entnahme von Saatkrähen zur Verhinderung landwirtschaftlicher
und urbaner Schäden
Drs. 19/350, 19/619 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	A	ENTH

33. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Dr. Ute Eiling-Hüttig, Holger Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Der Freistaat Bayern steht fest und solidarisch an der Seite Israels
Drs. 19/355, 19/542 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

34. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wartezeiten für Gentest auf Veränderungen in den beiden Genen BRCA1 und BRCA2 verkürzen!
Drs. 19/356, 19/610 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--	--

35. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Nicole Bäumler, Doris Rauscher u.a. SPD
Anhörung zur Änderung des Pflegendenvereinigungsgesetzes
Drs. 19/358, 19/595 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--	--------------------------	--------------------------

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für das Klima und die Planungssicherheit unserer Kommunen:
Wärmeplanung jetzt in Bayern umsetzen
Drs. 19/368, 19/622 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

37. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten: Berlin die rote Karte zeigen!
Drs. 19/390, 19/608 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

38. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
VeRA: Für einen effektiven und rechtssicheren Testbetrieb
Drs. 19/471, 19/591 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				